Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 24 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver, Donnerstag, den 29. Januar | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Den Reichsbestellungsplan erläuterte Reichsminister Schiele im Haushaltsausschuß des Reichstags.

* Eine Kürzung der Gehälter der leitenden Reichsbahnbeamten wurde vom Verwaltungsrat der Reichsbahn beschlossen

* In Berlin begann der Prozeß gegen die sechzehnjährige Luise Neumann und zwei junge Burschen, die vor einigen Monaten den Uhrmacher Ulbrich ermordet haben.

* In den Cottischen Alpen sind dreizehn italienische Alpenjäger von einer Lawine verschüttet worden

Säbelregiment.

Wenn auch der polnische Diktator Pilsudski auf seiner Reise nach dem Süden irgendwo seinen Säbel hat stehen lassen, so führt trotzdem sein Vertreter daheim, der Ministerpräsident Slawek, ein kaum noch verhülltes Säbelregiment. Die Wahlen hatten ihm ja eine willige Mehrheit im Sejm gebracht, die mit ihm durch dick und dünn geht und die Opposition einfach an die Wand quetscht. Vergeblich waren von dort her alle nur denkbaren Anstrengungen gemacht worden, um eine offizielle Untersuchung der Vorgänge herbeizuführen, die sich an das ominöse Wort „Brest-Litowsk" knüpfen. Also die Festnahme von Abgeordneten der Opposition des letzten Sejms, die Behandlung der Gefangenen in der Festung selbst, die Verhinderung ihrer Kandidaturen usw. — kurz eine überaus lange Reihe von Beschwerden, die sicherlich durchaus nicht so unberechtigt sind, wie die Regierung und ihre Mehrheit es jetzt hinstellen wollen. Denn wären sie dies, so brauchte man eine Untersuchung ja nicht zu scheuen! Aber immer, wenn in den Ausschüssen des Sejms von der Opposition die Sprache auf diese Dinge gebracht wurde, ist ihr sehr schnell durch Beschlüsse der gefügigen Mehrheit auf Drängen der Regierung der Mund gestopft worden. Das hat sich denn abschließend auch in der Plenarsitzung des Sejms wiederholt und dort säbelte man auch gleich noch den zweiten Versuch der Opposition nieder, die Vorgänge in Ostgalizien, die in die wunderschöne Bezeichnung einer „Pazifierung", also einer „Befriedung", gekleidet waren, gleichfalls zum Gegenstand der Debatte bzw. einer Untersuchung zu machen. Der Ministerpräsident Slawek besorgte das persönlich. Er erzählte wahre Schauergeschichten von den hochverräterischen Plänen der Opposition, die am 14. September angeblich den Marsch auf Warschau hätte antreten sollen. Er verlangte außerdem, man „solle den Gerüchten über Brest-Litowsk nicht glauben". Aber das ist wohl ein wenig viel verlangt! Fast ebensoviel, als wenn man glauben sollte, daß die Opposition mit Waffen gegen Pilsudski und sein Regime hätte losschlagen wollen. Nicht ganz so einfach aber wird man im Polnischen Sejm es damit haben, auch die Verfolgung der Ukrainer in Ostgalizien „unglaubwürdig" zu machen; denn damit wird sich eine andere Versammlung beschäftigen, für die Pilsudskis Säbel keine Drohung bedeutet, nämlich der Genfer Völkerbund.

Sehr zart sind übrigens auch die Engländer mit ihren indischen Oppositionellen bisher nicht umgesprungen und es sollen von diesen so allmählich nicht weniger als 60 000 den Marsch ins Gefängnis haben antreten müssen. Monatelang hat man inzwischen in London auf der Konferenz am „Runden Tisch" versucht, den indischen Forderungen nach größerer Freiheit gerecht zu werden, aber was dabei herausgekommen ist, blieb Stückwerk, das freilich noch im Herbst vervollständigt werden soll. Das Streben Indiens, und zwar der gemäßigten Kreise, nach der Stellung eines englischen Dominions ist nicht erfüllt worden, sondern es kam nur eine Art Zwitter eines solchen und einer Kronkolonie dabei heraus. Ferner will man eine Art Bundesstaat aus Indien machen. Auch die Rechte der Volksvertretungen sollen gestärkt werden, — aber auf der anderen Seite erhält die Stellung des Vizekönigs schon dadurch eine gewisse Machtvermehrung dem „Bundesstaat" Indien selbst gegenüber, weil seine bisher unbedingte Abhängigkeit von der Londoner Regierung gelockert und das dortige Staatssekretariat für Indien vielleicht sogar beseitigt werden soll. Vorläufig aber weiß man überhaupt noch nicht, wieweit die Beschlüsse der Londoner Konferenz nun in diesem Volk von 300 Millionen auch tatsächlich aufgenommen und gebilligt werden. Nicht die Nationalisten, nicht die Massen um Gandhi und den Allindischen Kongreß waren es, die der Einladung Macdonalds nach London Folge leisteten, sondern gemäßigtere Kreise, die von einer Abtrennung Indiens von dem Englischen Weltreich nichts wissen wollen. Gewiß hat England die Zügel seiner Herrschaft in Indien gelockert, aber — diese Zügel bleiben eben und werden von einer großen Bewegung nicht mehr geduldet. Haben doch die indischen Teilnehmer an der Konferenz zusammen mit den Engländern am „Runden Tisch" gesessen, wo es kein Oben und kein Unten gab, sondern man gleichberechtigt war. England hat nachgegeben, hat die Zehntausende gefangengesetzter Nationalisten, an ihrer Spitze Gandhi, wieder freigegeben. Ob freilich diese Nachgiebigkeit auch zu einer Beruhigung und allmählichen politischen Konsolidierung führen wird, das wissen weder die Sachverständigen Londons noch die in Indien selbst. Denn nicht einmal der Gegensatz religiöser Art zwischen den Hindus und den Mohammedanern konnte wirklich haltbar überbrückt werden und bisher war dieses Gegeneinander mit die stärkste Stütze der englischen Herrschaft.

Dem Bauern Gerechtigkeit, dem Volke Brot

Der Reichsbestellungsplan.

Landwirtschaftspolitik ist Ernährungspolitik.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Reichsernährungsminister Schiele leitete die Verhandlungen mit einer ausführlichen Rede ein. Er stellte zunächst als das Ergebnis der Agrarpolitik der letzten Jahre fest, daß auf den wichtigsten Gebieten die

Anbahnung einer dauerhaften Ordnung der Erzeugungs- und Absatzverhältnisse deutlich erkennbar sei, wenn es auch die unerhörte Zuspitzung der allgemeinen Krisenzustände im In- und Auslande nicht gestattet hätte, dem wachsenden Substanzverzehr der Landwirtschaft radikal Einhalt zu gebieten.

Die bisherige Getreidebaupolitik müsse fortgeführt und durch eine stärkere Fürsorge für den Leguminosenbau ergänzt werden. Für den Kartoffelbau sei die Fortführung der Flockenaktion und die Erhöhung des Brennrechtes zu fordern. Der Minister machte dann Mitteilung über den in Ausarbeitung befindlichen

Reichsbestellungsplan.

Der Gesamtplan müsse von einer notwendigen Einschränkung des Roggen-, Hafer- und Zuckerrübenanbaues um rund 1,5 Millionen Hektar ausgehen. Die frei werdende Fläche könne zu einer Million Hektar für die Erweiterung des Weizen- und Gerstenanbaues verwendet werden. Der Rest müsse zur Verstärkung der nationalwirtschaftlichen Futterbasis der Veredelungswirtschaft dienen. Er wolle durch Förderung der Viehwirtschaft einen wirksamen Anreiz für eine solche Umstellung in der Ackernutzung schaffen. Die Zukunftsaussichten für eine tierische Veredelungswirtschaft seien vorläufig noch wenig günstig. Der internationale Überfluß an Getreide- und Futtermitteln beginne sich bald deutlicher in eine Überproduktion von tierischen Veredlungserzeugnissen umzusetzen. Daher sei die Regierung vor neue dringende Aufgaben zum Schutze der bäuerlichen Veredlungswirtschaft gestellt.

Zur Zoll- und Handelspolitik

sagt der Minister, die internationale landwirtschaftliche Überproduktion fordere gebieterisch die Drosselung unserer Einfuhr, um der eigenen Erzeugung auf dem heimischen Markt neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Der Minister betonte, er habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß er die Synthese zwischen allgemeiner Handelspolitik und agrarischer Zollpolitik, wie sie in dem geltenden Handelsvertragssystem vorgenommen worden sei, für unglücklich halte und die allmähliche Abkehr von dieser Politik für unerläßlich erachte. Andererseits halte er es wegen der Wirtschaftskrise für geboten, nur mit Vorbedacht an die Reform der bestehenden Handelsverträge heranzugehen

Das Wort des Reichskanzlers von der notwendigen

Angleichung der Industrie- und Agrarpreise

entspreche auch durchaus seinen Auffassungen. Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher müsse im Interesse beider dringend rationalisiert werden. In einer Zeit so unerhörter sozialer und nationaler Nöte seien Landwirtschaftspolitik und Ernährungspolitik weniger denn je voneinander zu trennen. Eine klare Entscheidung über die Fortführung und den Ausbau der eingeleiteten Landwirtschaftshilfsmaßnahmen sei gegenwärtig besonders vordringlich. Es gelte, der Landwirtschaft den beabsichtigten Kurs der Agrarpolitik klar zu zeigen, damit sie an die Erreichung des im Reichsbestellungsplan aufgezeigten Produktionsziels bereits bei dieser Frühjahrsbestellung mit neuem Unternehmungsmut herangehen könne. Seit Jahren bemühe er sich, Verständnis für die enge Verflochtenheit von Landwirtschaft und übriger Wirtschaft zu wecken

Andauernde Agrarkrise bedeute weitere Entsiedlung des Landes des Ostens, heiße Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des Massenelends in den Großstädten. Heute mehr denn je sei die Agrarpolitik dazu berufen, den Grundstein für eine Volkswirtschaft zu legen, die dem Bauern Gerechtigkeit und dem Volk Arbeit und Brot gewährleistet.

*

Abbau der Spitzengehälter der Reichsbahn.

Für jährlich 43 Millionen Tarifsenkungen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschloß außer der durch die Notverordnung veranlaßten Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, die nichtpensionsfähigen Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten ab 1. Februar um 20 Prozent zu kürzen. Für den Generaldirektor und die Mitglieder des Vorstandes beträgt die Kürzung der gesamten Bezüge ab 1. Januar 20 Prozent.

Der Verwaltungsrat billigte ferner die im Interesse der Preissenkungsaktion seit Ende November v. J. vorgenommenen

Frachtensenkungen und Senkungen von Tarifen.

Es handelt sich bekanntlich um die fünfprozentige Herabsetzung der Preise für Monatskarten usw., Frachtermäßigungen für den Transport von Kohle nach dem Ausland und dem Nord- und Ostseeküstengebiet, Frachtermäßigung für Kartoffelladungen. Weiterhin Frachtermäßigungen bis 20 Prozent verschieden je nach Ladeklassen u. a. für Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Käse, Obst und dergleichen, Frachtermäßigungen für Düngemittel um 5 bis 8 Prozent. Dazu Frachtermäßigungen für den Transport von Tieren im Zusammenhang mit der zum 1. Februar durchzuführenden Reform des Tiertarifs. Das Ausmaß der Tarifsenkungen beträgt jährlich rund 43 Millionen Mark, ohne daß Aussicht besteht, daß dieser Ausfall durch eine Vermehrung des Verkehrs ausgeglichen würde.

Um auch den Wünschen der Reichsregierung

nach Arbeitsbeschaffung

Rechnung zu tragen, stimmte der Verwaltungsrat der Aufnahme eines Kredites zur weiteren Streckenelektrisierung grundsätzlich zu. Dadurch sollen etwa 10 000 Arbeiter 1½ Jahre lang Beschäftigung finden.

Die Reichspost als Vorbild.

Arbeitsstreckung statt Rationalisierung.

Die Deutsche Reichspost war in den letzten Monaten in ihrer Betriebsführung bemüht, möglichst viele Arbeitskräfte, die eigentlich überflüssig geworden wären, zu halten. Durch Einschränkung sachlicher Ausgaben konnten beispielsweise 2000 Telegraphenarbeiter, die der Verkehrslage entsprechend hätten entlassen werden müssen, durchgehalten werden. Ebenso konnten

durch verlangsamtes Tempo der Rationalisierung

des Fernsprechbetriebs, der Beschaffung von Bureaumaschinen und dergleichen viele Arbeitskräfte in ihren Stellungen belassen werden. Bei dem gesteigerten Weihnachts- und Neujahrsverkehr wurden die sonst üblichen Überstunden der Beamtenschaft abgestellt und die ersparten Beträge gleichfalls

zur Einstellung von Lohnarbeitern

verwandt. Im ganzen war es der Reichspost möglich, rund 23 000 Erwerbslose, wenn auch zunächst nur vorübergehend, einzustellen.

Helft dem Bauernstand!

Landwirtschaftsfragen vor dem Preußenparlament.

(195. Sitzung.) tt. Berlin, 28. Januar.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich in zweiter Lesung mit den Haushalten der

Landwirtschafts-, Domänen- und Gestütsverwaltung.

Zum Landwirtschaftsetat hat der Hauptausschuß fast 80 Anträge angenommen, die auf die Unterstützung der Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinzielen. Zum Haushalt der Domänenverwaltung hat der Hauptausschuß 50 Anträge vorgelegt, die sich vor allem mit den Interessen der Domänenpächter beschäftigen, ferner u. a. Eindeichungen im Großen Moosbruch (Ostpreußen) verlangen und Ausbau der staatlichen Bäder. Beim Gestütsetat wird Erhöhung des Zolls für Kaltblutpferde, staatliche Unterstützung der großen Pferdeauktionen, höhere Darlehensgewährung an die Pferdezuchtvereine, Unterstützung der ländlichen Reitervereine verlangt.

Abg. **Heilmann** (Soz.) betont unter Hinweis auf Amerika, daß die Not der deutschen Landwirtschaft nicht allein in der Welt dastehe, sondern mit der Weltagrarkrise zusammenhänge. Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft steht und fällt mit der Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. (Lebh. Zustimmung links.)

Abg. **Logemann** (Dtn.) erklärte, daß

die Reparationslasten in erster Linie auf der Landwirtschaft lägen

und von ihr getragen werden müßten. Nach dem verlorenen Kriege kann der Staat nur dann wieder hochkommen, wenn er die Landwirtschaft unterstützt. Wir betrachten es als einen Skandal, daß bei der großen Arbeitslosigkeit heute noch in der deutschen Landwirtschaft ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Die Frage ist aber deshalb so schwer zu lösen, weil deutsche Arbeiter nicht so leicht zu solchen Arbeiten zu haben sind. Mit Zöllen allein kann man der deutschen Landwirtschaft nicht mehr helfen; aber ohne wirksame Bauernhilfe kann der Staat nicht gedeihen.

Abg. **Maaßen** (Ztr.) forderte, daß den Söhnen der Landwirte der Besuch der Landwirtschaftlichen Hochschulen erleichtert werde. Er verlangte Maßnahmen, die geeignet seien, den lebenswichtigsten Stand für ein Volk, den Bauernstand, zu erhalten.

Abg. **Schiftan** (D. Vp.) hob hervor, daß nach der Befreiung des Westens nunmehr

alle Kräfte auf die Hilfe für den Osten

zu richten seien. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Holzbestände im Osten nicht unter der niederdrückenden Konjunktur leiden. Die Osthilfe leide an übertriebenem Bureaukratismus. Zu prüfen sei, ob noch weitere Gebiete einbezogen werden müßten.

Abg. **Ganger** (D. Frakt.): Der Bauer wolle nichts als einen Preis für seine Produkte, mit dem er das Leben habe. Unter diesem System würden aber die landwirtschaftlichen Preise immer politische Preise bleiben.

Abg. **Meyer-Hermsdorf** (Christlichnat. Volksd.) betonte die Notwendigkeit der staatlichen Gestütsverwaltung. Auf diesem Gebiete dürfe der Abbau nicht zu weit getrieben werden.

Abg. **Biester** (Dt.-Hann.) wies darauf hin, daß das ganze deutsche Volk allmählich einsehe, in welch hohem Maße alle Volksschichten an der Besserung der Landwirtschaft interessiert seien. Zu den Maßnahmen, die diese Besserung herbeiführen könnten, gehöre die Abdrosselung aller irgendwie entbehrlichen Einfuhr ausländischer Landwirtschaftserzeugnisse.

Abg. **von Stünzner-Carbe** (Dtn.) machte auf

die hohen Zinssätze

aufmerksam, die eine Rentabilität in der Landwirtschaft unmöglich machten. Er verlangte verstärkten Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere auch gegenüber Polen.

Abg. **Jacoby-Nassau** (Ztr.) betonte, über die Notlage im Osten dürfe man nicht die Interessen der Bauernbevölkerung im Westen und die der Winzer vergessen.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Was der Tag bringt.

Der geistliche Einschlag in der Politik.

Auf Einladung des Internationalen Verbandes zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus in Gemeinschaft mit dem Evangelischen Bunde sprach der Vorsitzende der Christlich-Historischen Partei, Professor Dr. Slotemaker de Bruine, über „Protestantische Gedanken zu Grundsatzfragen der Politik". Der Redner betonte u. a., daß die Christen die Pflicht hätten, sich in das politische Leben hineinzustürzen, obwohl hier moralische Gefahren und Gewissenskonflikte drohten. Es sei wichtig, daß im politischen Leben ein geistlicher Einschlag vorhanden sei, damit es mehr sei als minderwertiger Opportunismus. Das Problem von Staat und Kirche sei von Wilhelm von Oranien auf protestantischer Grundlage gelöst worden. Die Kirche und der Staat seien gegenseitig frei, aber mit voller Anerkennung der Wichtigkeit der geistlichen Güter und der Rechte der Kirche. Diese Lösung bedeute Freiheit für Protestanten, Katholiken und Konfessionslose. Für den Gedanken eines Konkordates spreche eigentlich gar nichts, weil es kein gemeinsames Gebiet gebe. Einem Konkordat das Wort zu reden, bedeute damit auch die Freiheit jeder Kirche zu bedrohen. Auch bei einer solchen Trennung von Staat und Kirche könne und solle der Staat die Kirche unterstützen, um so mehr, als er ja auch Kunst und Wissenschaft unterstütze.

Zu wem spricht der Rundfunk?

Die Deutsche Reichspost hat auf Grund der bei den Postanstalten vorhandenen Rundfunkstammkarten nach dem Stande vom Oktober 1930 Erhebungen über die Verteilung der Rundfunkteilnehmer auf Berufs- und Erwerbsgruppen angestellt. Erfaßt wurden dabei fast alle Teilnehmer, außer in Bayern. Nach diesen Ermittlungen entfielen auf Betriebe und selbständige Erwerbstätige 30 Prozent, auf Beamte, Militärpersonen und Lehrer 13,5 Prozent, auf Angestellte 22 Prozent, auf Arbeiter 25,6 Prozent, ohne Berufe oder Berufsangaben waren 8,9 Prozent. Der preußische Kultusminister hat auf Anregung des Rundfunkkommissars die Lehrerschaft aufgefordert, sich den Funkhilfen zur Mitarbeit an der Beseitigung der örtlichen Rundfunkstörungen zur Verfügung zu stellen und insbesondere auf dem Lande und in den kleineren Städten die Einrichtung von Hörgemeinden zu fördern.

Freifahrt nach Sowjetrußland.

Einen bemerkenswerten Antrag stellten in Zella-Mehlis in der Stadtratssitzung die Nationalsozialisten. Sie forderten für drei kommunistische Arbeitslose Fahrgeldgewährung bis zur russischen Grenze, damit die Anhänger des Sowjetideals sich mit eigenen Augen von der Unzulänglichkeit ihres sowjetrussischen Vorbildes überzeugen könnten. Da die Kommunisten diesem Antrag ebenfalls zustimmten, weil sie glauben, daß die drei Abgesandten in ihrem Sinne berichten werden, fand der Antrag Annahme.

Nachklänge zur Ratsentscheidung.

Oberschlesien ist mißtrauisch.

Die deutsche Minderheitenpresse in Ostoberschlesien und ein Teil der westoberschlesischen Zeitungen hat jetzt zu dem Ergebnis der Genfer Ratstagung Stellung genommen. Der „Oberschlesische Kurier" in Königshütte erklärt, der einzige Wert der Entscheidung bestehe darin, daß die polnische Regierung noch vor der Maitagung darüber Bericht zu erstatten habe, welche Schritte unternommen worden seien, um das herrschende System von Grund auf zu ändern. Die deutsche Minderheit könne mit der Genfer Formel zunächst zufrieden sein. Die „Kattowitzer Zeitung" schreibt, was den Geist der Entschließung und die Deutlichkeit der Sprache betreffe, so sei die Entscheidung geeignet, das erschütterte Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund wiederherzustellen. Der Rat habe ein großes Maß von Vertrauen in die Loyalität der polnischen Regierung bewiesen, indem er darauf verzichtete, die Abberufung Grazynskis als ausdrückliche Forderung zu formulieren. Der Kattowitzer sozialistische „Volkswille" meint, zum erstenmal habe sich der Rat entschlossen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Die Zusammenarbeit zwischen Mehrheit und Minderheit in Ostoberschlesien werde erst dann möglich sein, wenn die Warschauer Regierung Grazynski beseitigt habe.

Der Oberschlesische Wanderer in Gleiwitz schreibt: Dr. Curtius hat wirksame Garantien für die künftige Innehaltung der Minderheitenschutzbestimmungen zu schaffen versucht. Wir Oberschlesier sind freilich schon zu oft enttäuscht worden, als daß wir an den völligen Umschwung in der polnischen Minderheitenpolitik glauben könnten. Die Oberschlesische Tageszeitung in Oppeln vergleicht die vier deutschen Forderungen mit dem Wortlaut des Genfer Berichtes und kommt zu dem Schluß, daß Polen nicht die Mißbilligung ausgesprochen und daß der Systemwechsel nicht garantiert worden sei. Das Blatt stützt diese Auffassung auch auf das französische, polnische und russische Echo. Polen empfinde die Genfer Kritik gar nicht als eine Brandmarkung vor der ganzen Welt. Die Oppelner Nachrichten sehen in dem Genfer Kompromiß einen regelrechten deutschen Mißerfolg. Von den vier deutschen Forderungen, die Mindestforderungen gewesen seien, sei nicht eine einzige voll erfüllt worden. Der Bericht des Völkerbundrates, der aus parteipolitischen Rücksichten von gewisser Seite als großer Sieg herausgestellt werde, sei in keiner Weise geeignet, das Mißtrauen auch nur im geringsten zu beseitigen.

„Ein voller Sieg Polens!"

„Der Bericht des Völkerbundes ein voller Sieg Polens!" so schreibt die polnische Presse zum Genfer Ergebnis. Das maßgebendste Regierungsblatt, die „Gazeta Polska", findet sogar, daß der Bericht sich völlig mit dem polnischen Standpunkt decke. Mit besonderer Befriedigung hebt die polnische Presse allgemein hervor, daß in dem Ratsbericht weder von einem Sonderausschuß noch von einer Auflösung des Aufständischenverbandes in Oberschlesien die Rede sei. Die „Gazeta Polska" erklärt folgendes: „Wie vorauszusehen war, hat der deutsche politische Angriff, der unter dem Vorwand der Minderheitenfrage gegen Polen geführt wurde, einen völligen Mißerfolg erlitten." Der „Krakauer Illustrierte Kurier" sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß die deutschen Versuche, in Genf ein polenfeindliches Gewitter zu entfachen, erfolglos geblieben seien. Die Oppositionsblätter beschränken sich zunächst lediglich darauf, die Genfer Beschlüsse kommentarlos wiederzugeben.



Italienischer Vorstoß in den Süden Libyens.
Italienische Kolonialtruppen haben nach 24tägigem Vormarsch die im Süden der Kolonie Libyen gelegene Oase Kufra nach heftigen Kämpfen besetzt. Die Oase Kufra ist 17 000 Quadratkilometer groß (also mehr als 17mal so groß wie die Insel Rügen) und war der letzte Stützpunkt der aufständischen Senussi, die jetzt über die ägyptische Grenze geflüchtet sind. Die Eroberung der Oase, die bisher nur auf dem Papier italienisch war, ist seit der Einnahme des Fessan der größte Erfolg Italiens in Libyen.

Das bedrohte Deutsch-Ostafrika.

Deutscher Appell an den englischen Ostafrika-Ausschuß.

In London tagt gegenwärtig ein Ausschuß von 20 Mitgliedern beider Häuser des Parlaments zur Prüfung des Weißbuches der englischen Regierung über die „Closer Union" von Deutsch-Ostafrika mit den englischen Nachbargebieten Kenya und Uganda.

Es ist bemerkenswert, daß im Mittelpunkt der bisherigen Verhandlungen des Ausschusses nur die Fragen standen, die sich auf die Eingeborenenpolitik sowie auf die Haltung der weißen Siedler in Kenya und der Inder gegenüber den Plänen der englischen Regierung beziehen, während der deutsche Einspruch gegen die beabsichtigte Verletzung der Mandatsbestimmungen bisher überhaupt nicht erörtert wurde. Auch die englische Presse hat die großen Protestkundgebungen der deutschen Wirtschaftsverbände ebenso mit Stillschweigen übergangen wie die bemerkenswerte Erklärung des deutschen Außenministers Dr. Curtius vom 18. Dezember v. J., in der er unter Berufung auf frühere Erklärungen seines Vorgängers Dr. Stresemann nochmals ausdrücklich bestätigt, daß die Reichsregierung eine tatsächliche Bedrohung des Mandatssystems mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde.

Als Vorsitzender der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft hat nunmehr der bekannte Kolonialpolitiker und Reichstagsabgeordnete Gouverneur Dr. Schnee ein Schreiben an die Mitglieder des englischen Parlamentsausschusses gerichtet, in dem er ihre Aufmerksamkeit auf die starke Bewegung lenkt, die im deutschen Volke gegen die englischen Ostafrikapläne entstanden ist, und gegen die drohende Verletzung der deutschen Rechte Einspruch erhebt. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Wir erblicken in der Unkenntnis oder Nichtbeachtung dieser Vorgänge und überhaupt der Stellung des deutschen Volkes zu diesen Fragen eine schwere Gefahr für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern. Wir halten eine dauernde friedliche Verständigung zwischen den beiden Nationen als im beiderseitigen Interesse liegend. Wir sind aber der Meinung, daß durch eine Zusammenlegung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden britischen Gebieten ein unüberwindliches Hindernis für eine solche Verständigung geschaffen würde."

Ein heranwachsendes Sorgenkind.

Der Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf die Invalidenversicherung.

Seit der Jahrhundertwende hat in Deutschland ein ständig wachsender Geburtenrückgang eingesetzt, der auch nicht durch den Rückgang der Säuglingssterblichkeit wieder ausgeglichen werden konnte, haben wir doch jetzt nur ungefähr die Hälfte der Geburten, die wir noch vor 30 Jahren auf dem jetzigen Reichsgebiet gehabt hatten. Gleichzeitig ist durch die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft eine Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer eingetreten, die den Ernst des Geburtenrückganges verschleiert und allein die Ursache ist, daß rechnungsmäßig auch heute noch ein kleiner Geburtenüberschuß, also ein Überwiegen der Geburten über die Sterbefälle, zu verzeichnen ist. Dieser rechnungsmäßige Bevölkerungszuwachs ist tatsächlich aber kein echter Bevölkerungszuwachs, er beruht allein auf einem Anwachsen der Zahl der alten Leute.

Diese Verschiebungen im Altersaufbau sind von außerordentlichem Einfluß auf die Invalidenversicherung, da die Zahl der Rentenempfänger noch auf lange hinaus jährlich im starken Steigen begriffen ist, während die Zahl der Erwerbstätigen zwar ebenfalls noch einige Jahre zunimmt, jedoch in weit geringerem Umfange, um dann aber wieder allmählich abzusinken.

Bereits im Jahre 1938 wird die Zahl der Renten um 50 Prozent höher liegen als im Jahre 1928, im Jahre 1955 wird sich die Zahl der Renten gegenüber 1928 verdoppelt haben. Dieses Anwachsen wird anhalten bis zum Jahre 1975, um erst dann allmählich wieder abzusinken. Im Jahre 1928 erforderte die gesamte Altersversicherung (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung und knappschaftliche Pensionsversicherung) einen Gesamtaufwand von 1975,4 Millionen Reichsmark, also fast zwei Milliarden. (Etwa ebenso hoch ist die Summe der jährlich von Reich, Ländern und Gemeinden zu zahlenden Pensionen.) Diese Versicherungslast würde theoretisch dem Anwachsen der Gesamtrentenzahl entsprechend bis 1938 bereits um 50 Prozent, d. h. um eine Milliarde anwachsen und sich bis zum Jahre 1955 verdoppeln. Die tatsächliche Mehrleistung wird aber eine noch größere sein.

Auch dann, wenn es gelingt, durch wirtschaftspolitische und außenpolitische Maßnahmen (Revision der Tributverpflichtungen) der Arbeitslosigkeit in wachsendem Maße Herr zu werden, erlangen wir keine Entlastung des Sozialaufwandes, vielmehr wird die Versorgung der arbeitsunfähigen alten Leute von Jahr zu Jahr in steigendem Maße das alles beherrschende Problem, das Sorgenkind der deutschen Sozialpolitik sein und die nächsten 30 Jahre über bleiben.

Verhütung besser als Vergütung.

Starke Zunahme der vorsätzlichen Brandstiftungen.

Nach einer von der Feuersozietät der Provinz Brandenburg veröffentlichten eingehenden Statistik über die Entstehungsursachen der Brände entfallen im Jahre 1929 33,4 Prozent des gesamten Schadenbetrages auf vorsätzliche Brandstiftung; 18,1 Prozent sind auf unermittelte Ursachen zurückzuführen, während die restlichen 48,5 Prozent durch Blitzschlag, Selbstentzündung, Explosion, Funkenflug, fehlerhafte bauliche Einrichtungen, elektrische Starkstromanlagen und fahrlässige Brandstiftung verursacht sind. Erfahrungsgemäß ist aber leider bei den Bränden mit unermittelten Ursachen fast durchweg mit vorsätzlicher Brandstiftung zu rechnen, ebenso auch noch in einzelnen Fällen der angeblich durch andere Ursachen entstandenen Brände. Danach ergibt sich die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß über 50 Prozent des gesamten Schadens absichtlich herbeigeführt und damit allein bei einer einzigen Versicherungsanstalt in einem Jahre Werte von über 3½ Millionen Mark vorsätzlich vernichtet worden sind.

Interessant sind aus der Statistik der Sozietät auch die Feststellungen über die erschreckend große Zahl von Bränden, die durch fahrlässiges Umgehen mit Feuer und Licht entstehen. Durch Benutzung von Zündhölzern, Feuerwerkskörpern und Rauchen sind im Jahre 1929 362 Schäden entstanden. Durch Lagern, Ablegen oder Aufhängen von brennbaren Gegenständen auf oder zu nahe an geheizten Öfen oder Herden wurden 984 Schadenfälle herbeigeführt. In 792 Fällen führte das Herausfallen von Kohlen, das Herausschlagen von Stichflammen oder das Herausfliegen von Funken aus Öfen und Herden zu Schadenersatzansprüchen.

Alle diese Schäden hätten vermieden und wertvolles Volksvermögen erhalten werden können, wenn bei Benutzung von Feuer und offenem Licht die nötige Vorsicht beobachtet worden wäre. Denn Brandschaden verhütung ist mehr wert als Brandschaden vergütung. Jeder Brand ist eine nicht wiedergutzumachende Zerstörung wirtschaftlicher Werte. Angesichts der allgemeinen Verarmung und der großen Wohnungsnot ist die Brandverhütung ein dringendes Gebot der Stunde und somit eine Angelegenheit aller. Jedes erhaltene Stück unserer Sachwerte, jede Mark, die dadurch gespart wird, trägt mit bei zur Gesundung unserer Wirtschaft. Jeder Brand dagegen bringt immer größere Versicherungs- und Steuerlasten und uns immer tiefer ins Elend.

Konkurrenz oder Ergänzung?

Der Fruchthandel über die Obst- und Gemüseeinfuhr.

Auf der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Fruchtgroßhändler in Köln sprach der Verbandssyndikus Dr. Eisner, Berlin, über das Thema: „Der deutsche Fruchtgroßhandel zur Wirtschaftskrisis". Weite Kreise in Deutschland stünden auf dem Standpunkt, daß jegliche Einfuhr aus dem Auslande die Arbeitslosigkeit vermehre; dies werde insbesondere auch von der Einfuhr in Obst Gemüse und Südfrüchten behauptet. Anerkannt sei, daß der deutsche Obst- und Gemüsebau Obst und Gemüse nicht zu allen Zeiten des Jahres in ausreichenden Mengen produziere. Die Einfuhr in diesen Artikeln diene zur Ergänzung des notwendigen Bedarfs. Dies ergebe sich deutlich aus der Handelsbilanz. Beispielsweise sei aus den in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommenden Zahlen für das Jahr 1930 ersichtlich, daß wir im Jahre 1930 erheblich weniger Gemüse eingeführt haben als im Jahre 1929. Der Rückgang der Einfuhr gegenüber dem Vorjahre dürfte etwa 30 Prozent betragen. In einzelnen Artikeln, wie z. B. in Weißkohl, sei der Wert der Einfuhr von 3 361 000 Mark im Jahre 1929 auf 693 000 Mark im Jahre 1930 zurückgegangen. Und auch diese geringe Einfuhr wurde fast völlig durch den Umstand absorbiert, daß in Weißkohl im Jahre 1930 aus Deutschland sogar eine ziemlich erhebliche Ausfuhr stattgefunden habe, die mengenmäßig erheblich höher als die Einfuhr gewesen sei. Wenn beispielsweise in Blumenkohl der Wert der Einfuhr im letzten Jahre auch beinahe ebenso hoch gewesen sei wie im vorigen Jahre (etwa 22,9 Millionen 1930 gegen 23,4 Millionen 1929), so läge dies daran, daß das Ausland infolge seiner günstigeren klimatischen Verhältnisse Blumenkohl in denjenigen Monaten auf den Markt bringen könne, in denen Deutschland nicht produziere. Blumenkohl habe sich aber heute dermaßen als Volksnahrungsmittel eingeführt daß die Bevölkerung während des ganzen Jahres auf seinen Genuß nicht verzichten wolle. In Obst sei der Wert der Einfuhr gegenüber dem vorigen Jahr fast der gleiche mit 170 Millionen Mark gegen 167 Millionen Mark. Gerade die Obststatistik beweise deutlich die Richtigkeit der Behauptung, daß die Einfuhr eine Ergänzungseinfuhr sei. In Deutschland war in diesem Jahre eine katastrophale Mißernte in Äpfeln zu verzeichnen, während die Äpfelernte im vorigen Jahr einigermaßen befriedigend war. Infolgedessen ist die Einfuhr in Äpfeln in 1930 auf 2 437 000 Doppelzentner gegen 1 633 000 Doppelzentner 1929 gestiegen. In anderen Artikeln sei die Einfuhr beträchtlich zurückgegangen, weil eine genügende eigene Produktion vorhanden gewesen sei.

Nun zum Kapitel Südfrüchte, für die der Gartenbau zur Behebung der Notlage im Gartenbau ein Monopol vorgeschlagen habe. In Bananen, Apfelsinen, Mandarinen, Zitronen, den hauptsächlichsten frischen Südfrüchten, sei die Einfuhr von 153 Millionen 1929 auf 176 Millionen Mark gestiegen. Diese Artikel kämen als Konkurrenz für deutsche Gartenprodukte zweifellos nicht in Frage. Es sei klar, daß ein derartig verhältnismäßig geringfügiger Umsatz nicht die Errichtung einer kostspieligen Reichsmonopolstelle lohne, ganz abgesehen von anderen Bedenken gegen ein derartiges Monopol. Bei der Beurteilung des Problems der Einfuhr und des Südfruchtmonopols dürfe die Wirkung auf diejenigen Länder nicht vergessen werden, mit denen wir in handelsvertraglichen Beziehungen stünden. Unsere Handelsbilanz mit denjenigen Ländern, aus denen wir vorwiegend jene Produkte beziehen, sei im Jahre 1930 aktiv gewesen.

Der Fruchtgroßhandel betone auch bei dieser Gelegenheit seine Bereitwilligkeit, deutsche marktfähige Ware restlos abzunehmen; Voraussetzung sei aber, daß der deutsche Produzent auch wirklich marktfähige Waren liefere und nicht mit seinen eigenen mit Reichsmitteln geschaffenen Absatzorganisationen dem Großhandel Konkurrenz mache. Notwendig sei, daß die Ware in handelsfähiger Aufmachung sortiert und gesund angedient werde. Ob das vielumstrittene Handelsklassengesetz auf diesem Gebiete Wandel schaffen werde, bezweifle der Fruchtgroßhandel.

Der „englische Sonntag" soll auch für Kinos gelten.

Uralte Gesetze werden hervorgekramt.

In den Kreisen der englischen Filminteressenten und bei den kinoliebenden Engländern überhaupt herrscht große Aufregung wegen der neuerlichen Entscheidung eines Londoner Gerichtshofes, wonach

Filmvorführungen an Sonntagen ungesetzlich

seien. Das Gericht begründete die Entscheidung damit, daß die alten Gesetze aus dem 17. und 18. Jahrhundert noch völlig zu Recht bestünden, solange sie nicht abgeändert seien. Die Vertreter der Lichtspieltheater haben daraufhin eine Sitzung der Vereinigung der Kinobesitzer anberaumt, um zu entscheiden, was nun geschehen soll. Seit zwanzig Jahren finden in London Filmvorführungen an Sonntagen statt, ohne daß bisher irgendwelche Einwendungen erhoben worden waren. Sollten die Lichtspieltheater jetzt aber an Sonntagen öffnen, so setzen sie sich schweren Strafen aus. Die gesamte Presse bezeichnet die alten Gesetze als unhaltbar. Die Angelegenheit kommt auch im Unterhause zur Sprache, wo der Innenminister um seine Ansicht befragt und von den Abgeordneten ein Gesetzentwurf zur Abänderung der veralteten Sonntagsgesetze eingebracht werden soll.

25 Gramm Gold in Tausends Schmelzofen

... aber ein Professor findet die Manipulationen dumm.

Ein wichtiger Zeuge im Goldmacherprozeß: der Kaufmann Franz von Rebay wird vernommen. Herr von Rebay war durch den tausendgläubigen Referendar Rienhardt

bei Ludendorff eingeführt

und durch den General mit der Prüfung der Tausendschen Erfindung beauftragt worden. Zu dem Versuch, bei dem aus 750 Gramm Material 725 Gramm Gold ausgeschmolzen wurden, habe Tausend das Material tags zuvor allein vorbereitet. In die Schmelzmasse wurde Sauerstoff eingeblasen. Als er, der Zeuge, am nächsten Tage den erkalteten Ofen aufmachte, sei dieser mit

mindestens 25 Gramm Gold

bedeckt gewesen. Herr von Rebay schildert dann die Vorgänge bei dem Versuch in der Staatlichen Münze zu München. Tausend sei sehr nervös gewesen und habe erklärt, er könne die Stichflamme nicht aushalten. Er, der Zeuge, habe sich dann bereit erklärt, den Versuch weiterzuführen, und habe schließlich einen Erfolg erzielt: es sei ein Zehntelgramm Gold zum Vorschein gekommen. Ihm und dem Angeklagten seien Ohren und Haare untersucht worden, sie hätten sich schneuzen und die Fingernägel ausputzen lassen müssen, weil man glaubte, daß sie Gold verborgen halten könnten. Als der Versuch in der Münze gelungen war, habe bei allen Anwesenden große Freude geherrscht. Nur der Münzdirektor habe offen erklärt, daß er über das Ergebnis nicht gerade erbaut sei, weil er ein Gutachten abgeben müsse. Der Zeuge

Professor Förster-Dresden

äußert sich sehr ungünstig über die Experimente. Er habe einem Versuche beigewohnt. Man habe ganz dumme Manipulationen vorgenommen, und schließlich habe er die Herren unsanft abfallen lassen. In ähnlicher ablehnender Weise äußert sich auch der nächste Zeuge, Professor Hofmann von der Technischen Hochschule in Berlin, der zu dem Schlusse kommt, daß es völlig aussichtslos sei, nach dem Tausendschen Verfahren Gold herzustellen.

Die Dentistin Else Kamecke aus Dresden erklärte, daß Tausend ihr gegenüber nur von chemischen Erfindungen, nicht aber von Golderzeugung gesprochen habe. Zeuge Fritz Küchenmeister aus Freiberg bekundet, daß er als Mitarbeiter angestellt worden sei und wiederholt experimentiert habe. Anfangs

hätte man die Macht des Goldes brechen wollen,

später seien die Meinungen darüber stark auseinandergegangen.

Der letzte Weg der Tänzerin.

Die Trauerfeier für Anna Pawlowa in London.

Die Leiche der im Haag verstorbenen russischen Tänzerin Anna Pawlowa wurde in der Londoner russischen Kirche gegenüber dem Buckinghampalast aufgebahrt. Der Gemahl der Tänzerin hatte die Leiche von Rotterdam nach London gebracht, wo sich ihr ständiger Wohnsitz befand. Auf der Viktoriastation wurde der Sarg von vielen Leidtragenden mit Blumen und Kränzen empfangen und zur russischen Kirche gebracht, wo der Sarg von drei Geistlichen erwartet wurde. Anschließend fand eine feierliche Seelenmesse statt, der eine große Menschenmenge beiwohnte.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 29. Januar 1931.

—* **Kein Wassersport auf den Talsperren.** Auf der Tagung des Bergischen Verkehrsausschusses in Remscheid wurde ein Gutachten bekanntgegeben, nach welchen es nicht möglich ist, die Talsperren dem Wassersport zugänglich zu machen. Danach dürfte es auch für die sauerländischen Talsperren, um die sich Wassersportler schon lange bemühen, nicht anders liegen.

Halver

Grünenbaum. Am vergangenen Sonntagnachmittag hielt der hiesige Turnverein im Lokale des Vereinswirtes Karl Krefting seine Jahreshauptversammlung ab. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hätte ein besserer bezw. pünktlicherer Besuch erwartet werden können. Die Versammlung wurde vom 2. Vorsitzenden Turnbruder Karl Lausberg eröffnet und geleitet. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und angenommen. Anschließend gab der 2. Vorsitzende eingehend den Jahresbericht bekannt. Der Kassenbericht konnte nicht erstattet werden, da der 1. Kassierer wegen Krankheit an der Versammlungsteilnahme verhindert war. Zur Kassenprüfung wurden 2 Turnbrüder bestimmt. Der bisherige 1. Vorsitzende hatte im Laufe des letztverflossenen Jahres seinen Posten niedergelegt. In der Neuwahl wurden gewählt bezw. wiedergewählt: 1. Vors. Karl Lausberg, 2. Karl Spielmann, 1. Schriftführer Otto Keil, 2. Fritz Vormann, 1. Kassierer Karl Krefting, 2. Otto Weier, Zeugwart Hugo Spielmann, 1. Turnwart Fritz Fischer, 2. Hugo Halverscheidt, 1. Jugendturnwart Fritz Benger, 2. Richard Höngen. Unter Festangelegenheit wurde beschlossen, am Pfingstmontag ein Stiftungsfest, verbunden mit der Einweihung des im vergangenen Jahre errichteten Spielplatzes zu feiern. Die Ausgestaltung des Festes in seiner Einzelheit wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Beitrag bleibt in bisheriger Höhe bestehen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, anläßlich einer 25jährigen Mitgliedschaft Ehrenmitglieder nicht mehr zu benennen. Die in allen Teilen ruhig verlaufene Versammlung wurde mit einem Turnerliede geschlossen. Wir wollen hoffen, daß es dem Verein vergönnt sein möge, weiterhin zum Segen der deutschen Turnsache zu wirken. „Gut Heil!"

Schalksmühle

—x Beim **Postamt Schalksmühle** werden die Heerenten am Donnerstag, 29. und die Invalidenrenten am Sonnabend, 31. Jan. ausbezahlt.

—x Unter neuer Geschäftsleitung wartet das **Apollo-Theater Schalksmühle** seinen werten Besuchern mit einem besonders gewählten Großstadtprogramm auf. An erster Stelle steht unser Liebling „Reinhold Schünzel" in seiner urkomischen Handlung in dem Großfilm **„Aus dem Tagebuch eines Junggesellen."** Hat doch Schünzel in seinen bisherigen Darbietungen sich die Herzen seiner Anhänger erobert, so wird durch diesen Streifen alles schon Gebotene übertrumpft. Wie sich Reinhold in die einzelnen Situationen verwickelt, und doch im gegebenen Moment sich wieder rauszureißen weiß, ist geradezu verblüffend und zu komisch als das einem das Zwerchfell unversehrt bleibt; hervorgerufen durch die kolossalen Lachsalven, die sich auf Komik und Humor aufbauen. Diesem ebenbürtig in seiner Aufmachung ist der zweite Film mit dem Titel **„Der Hasenbaron"** oder Jugendliebe. In klarer Weise wird ein Mädchenschicksal geschildert. Eine arme Waise, die viel um ihr Dasein zu kämpfen hat, eher sie den richtigen Weg einschlägt. Die einzelnen Handlungen sind derartig drastisch dargestellt, daß jeder Besucher hingerissen ist von den Auswirkungen und kein Herz ungerührt bleibt. Für den Wildwestliebhaber ist durch den Film „Sanatorium Weldwest" Sorge getragen. Eine Wildwestkomödie tollster Aufmachung. Auch unsere Sportler kommen ganz auf ihre Kosten durch den Lehrfilm „Bei Meister Toweley in der Lehre oder König Fußball im Film. Wie schon bereits erwähnt, ist das Unternehmen neu übernommen und liegt insbesondere in fachkundigen Händen einheimischer Kräfte. Die Leitung wird bestrebt sein, allen Wünschen seiner Besucher gerecht zu werden und nur mit erstklassigen guten Programmen zu dienen. Es wäre zu wünschen, daß dieses gute Unternehmen allseitig durch reichen Besuch unterstützt würde.

Kierspe

—s **Besitzwechsel.** Bei der gestern vor dem Amtsgericht Meinerzhagen stattgefundenen Zwangsversteigerung ging das Gut Isenburg, dessen letzter Besitzer der Gutsbesitzer Carl Hüser war, an den Kaufmann Blume, Besitzer des Gutes Bremecke, über. Herr Blume, Inhaber der bekannten Eisenwarengroßhandlung Caspar Blume in Wuppertal-Barmen erwarb vor einigen Monaten gelegentlich einer Zwangsversteigerung das Gut Bremecke, und hat inzwischen bereits seinen Wohnsitz hierher verlegt. Er ist nunmehr Besitzer unserer beiden größten Güter, die nur durch wenige andere Grundstücke getrennt sind. Das Gut Isenburg ist in den letzten Jahren in manchen Händen gewesen. Bis vor etwa 25 Jahren war es im Besitze von C. D. Otto Vollmann, Bruder des Kaufmanns Franz August Vollmann hierselbst. Das Gut ging alsdann nacheinander über an von Köppen, Weiland, Faber. Anfang des Krieges war Kemper aus Essen Besitzer, der es an Carl Hüser verkaufte. In den letzten Jahren sind auf dem Gute große Veränderungen vorgegangen. Große Waldbestände sind abgeholzt und urbar gemacht worden. Das Herrenhaus, das allein einen bedeutenden Wert repräsentiert, ist vollständig umgebaut worden, und dient heute teilweise als Sanatorium. Außerdem sind auch neue Wirtschaftsgebäude erstanden. Das Gut ist etwa 400 Morgen groß, und hat bei der jetzigen Zwangsversteigerung RM. 83 000 gekostet. Bis zum Kriegsausbruch wurde auf dem Gut Isenburg auch eine Kornbranntwein-Brennerei betrieben, und der Isenburger Berggeist ist stets ein beliebtes Getränk gewesen.

*

Brügge. Die Frauenhilfe hat in ihrer Hauptversammlung, die gut besucht war, zunächst einmal die neuen Satzungen, welche von der Zentrale in Soest den einzelnen Frauenhilfe vorgeschlagen waren, mit einigen kleinen Aenderungen angenommen. Dann wurde auf Grund der neuen Satzungen der Vorstand neugewählt Die Wahl ergab folgende Personen 1. Vorsitzende: Frau Pfarrer Geffken, 2. Vorsitzende: Frau Otto Berghaus 1. Kassiererin: Frau Otto Eichhoff, 2. Kassiererin: Frau Robert Dominghaus. Dazu gehört ferner die Gemeindeschwester Anna Vollmer, sowie der Pfarrer. Recht eingehend wurden die Statuten der beabsichtigten Sterbebeihilfe der Frauenhilfe besprochen, welche zu manchen Aenderungen Anlaß gab.

Lüdenscheid. Einführung des 1. Bürgermeisters Dr. Schneider in Lüdenscheid. In einer besonderen Stadtverordnetensitzung wurde gestern der neue Erste Bürgermeister Dr. Schneider aus Plettenberg in sein Amt eingeführt. Nach einer Begrüßungsansprache des Stadtverordnetenvorstehers Th. Schulte nahm Regierungspräsident König aus Arnsberg die Einführung vor. Er gedachte lobend des im vorigen Jahre aus seinem Amte geschiedenen Oberbürgermeister Dr. Jockusch (jetzt Generaldirektor der Elektromark-Hagen). Er habe volle 34 Jahre an der Spitze des Gemeinwesens gestanden und mit großer Arbeitsenergie die kommunalen Einrichtungen gefördert. Als guter Finanzpolitiker hat er die Stadt in gut geordneten Finanzverhältnissen übergeben. Für die der Stadt geleisteten hervorragenden Dienste habe er dem Ausgeschiedenen seinerzeit brieflich den Dank und die staatliche Anerkennung ausgesprochen, an dieser Stelle unterstreiche er das nochmals. Allzugern habe Dr. Jockusch sein Lebenswerk in Lüdenscheid mit einer Stadterweiterung abgeschlossen: sein Wunsch sollte nicht in Erfüllung gehen. Die Umgemeindungen in Lüdenscheid wurden vom Minister zur Zeit als nicht so dringend beurteilt und vorläufig zurückgestellt, bis bessere wirtschaftliche Zeiten gekommen sind. Dann wandte sich der Regierungspräsident dem neuen Ersten Bürgermeister zu und überreichte ihm die Bestätigungsurkunde des Staatsministeriums. Er verband damit den Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, recht viele Jahre an der Spitze der Verwaltung erfolgreich zum Wohle der Stadt und ihrer Einwohnerschaft zu wirken. Dr. Schneider sei ein arbeitsfreudiger, sozial eingestellter und energischer Beamter, der treu zum preußischen Staate und zur deutschen Republik stehe. Die aufstrebende Industriestadt Lüdenscheid biete ein großes Arbeitsfeld. Mit einem „Glück auf!" für den Ersten Bürgermeister schloß der Redner. In einer erweiterten, aber schlichten Einführungsfeier, die im Saale der „Konkordia" stattfand, kamen dann die Vertreter der Beamtenschaft zu Wort, die höheren Schulen, Volksschulen und die Berufsschulen riefen dem neuen Stadtoberhaupt ein herzliches Willkommen zu. Vor allem aber zeichnete der Zweite Bürgermeister Rommel, in großen Zügen die Verbundenheit, die zwischen dem Ersten Bürgermeister und dem Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung und damit mit der großen Bürgerschaft bestehen müsse. Er hege die feste Zuversicht, daß ein beiderseitiges Vertrauen bald geschaffen und keinerlei Voreingenommenheit bestehen werde. Er wünsche, daß der neue Erste Bürgermeister recht bald hier festen Fuß fassen möge. Zum Schluß der Feier ergriff noch einmal der Regierungspräsident das Wort, um vor einer breiteren Oeffentlichkeit das zu unterstreichen, was er vorher in der Stadtverordnetenversammlung gesagt hatte.

—)(**Lüdenscheid-Land.** Unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Eichhoff fand gestern eine kurze öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Lüdenscheid-Land statt. Gemäß dem Vorschlage des Finanzausschusses wurden die bisherigen Prüfer für die Jahresrechnungen wiedergewählt. Es sind das die Gemeindeverordneten Basinger, Pake und Petig. — Der als Schiedsmannstellvertreter wiedergewählte Kaufmann Heinrich Filling in Ahelle hat die Wahl wegen Krankheit ablehnen müssen. In der Ersatzwahl wurde das Amt Lehrer Heinrich Obermann in Ahelle übertragen. Ein dem Regierungspräsidenten vorgelegter Antrag des Grundbesitzers Karl Schürmann, seine Siedlung mit der amtlichen Ortsbezeichnung „Neue Wermecke" zu führen, bedarf der Stellungnahme der Gemeindevertretung. In der mündlichen Berichterstattung wurde hierzu bekannt gegeben, daß die bisherige Bezeichnung „Alte Mühle" zu vielfachen, namentlich postalischen Verwechslungen geführt habe. Gegen die neue Ortsbezeichnung hat die Vertretung nichts einzuwenden. — Der Finanzausschuß hat die beantragte Ueberbrückung des Baches in Mühlenrahmede abgelehnt. Dem Wislader Bund soll ein im Jahre 1925 gegebenes Darlehen von 500 Mark weiter belassen werden. — Anträge auf Uebernahme von Bürgschaften für Wohnungsbaudarlehen wurden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Ein flüchtiger Fabrikbesitzer verhaftet.

Die Pressestelle des Landgerichts Hagen teilt mit: Wie uns aus der Schweiz gemeldet wird, ist es der Schweizer Polizei gelungen, den wegen Kreditbetruges in Höhe von mehreren hunderttausend Mark flüchtigen Mitinhaber der Herdfabrik Max Albers A.-G. Gevelsberg in Winterthur zu verhaften.

Weiter gab die Pressestelle über das Verfahren gegen den Fabrikanten Max Albers aus Vogelsang folgende Mitteilung heraus:

Gegen den Fabrikanten Max Albers aus Vogelsang, Vorstandsmitglied der bekannten Firma Max Albers A.-G. in Vagelsang, ist am 26. Januar 1931 die Voruntersuchung wegen Betruges eröffnet worden. Dem Verfahren liegt die Anzeige einer Großbank zu Grunde, mit der die Firma Albers im Geschäftsverkehr gestanden hat. Der Angeschuldigte soll die Bank durch Vorlage falscher Bilanzen und Abtretung fingierter Forderungen zur Hergabe, bezw. Belassung größerer Kredite veranlaßt haben. Der Untersuchungsrichter des Landgerichts weilte am 27. cr. mit einem Sachverständigen und Beamten der Polizeiverwaltung Gevelsberg in den Geschäftsräumen der Firma, um das Beweismaterial im Einvernehmen mit dem gleichzeitig anwesenden Konkursverwalter zu sichten und sicherzustellen. Ein Ueberblick über die Höhe des Schadens, den die Beteiligten erlitten haben oder erleiden werden, läßt sich z. Zt. noch nicht gewinnen. Es dürften jedoch erhebliche Summen in Frage kommen. Der Angeschuldigte hat sich bei den ihm zur Last gelegten Verfehlungen der Mitwirkung einer Buchhalterin bedient, die nach der Entdeckung der Unregelmäßigkeiten zusammen gebrochen ist. Der Angeschuldigte selbst ist flüchtig. Gegen ihn ist Haftbefehl erlassen und das zu seiner Ergreifung Erforderliche veranlaßt.

Dortmund. Schiedsspruch für die Gemeindearbeiter Rheinlands und Westfalens. In dem Lohnstreit der Gemeindearbeiter Rheinlands und Westfalens wurde am Montag unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Stundenlöhne der zuletzt gültigen Lohntafel vom 1. Februar 1931 ab um 5 Prozent ermäßigt werden. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Juli 1931 gekündigt werden.

Aus der Nachbarschaft

Blumenthal. Postbeamter überfallen. Als ein Postbeamter des Amtes Vegesack die Postsachen der Agentur Aumund-Jammersbeck abholen wollte, sprangen auf dem Wege zu dem wartenden Kraftwagen zwei Burschen auf ihn zu, die dem Beamten Faustschläge ins Gesicht versetzten. Den Burschen gelang es darauf, die Ledertasche des Beamten zu ergreifen und zu fliehen. Der Ueberfallene nahm jedoch im Augenblick die Verfolgung der Täter auf und ließ sich auch nicht entmutigen, als diese schossen. Schließlich holte der Beamte die Burschen ein, konnte einen unschädlich machen und mit Hilfe von einigen Ortseinwohnern überwältigen; der andere konnte noch in der Stadt verhaftet werden.

Leer. Erdölfunde im Kreise Leer. Die Vermutungen, im Kreise Leer Erdöl zu finden, stehen, wie die Zeitung „Rheiderland" berichtet, erneut im Vordergrund des Interesses. Eine deutsche Gesellschaft will im ganzen Kreise Leer das Mutungsrecht erwerben und mit den Gemeinden Lohnverträge abschließen. Unter Teilnahme eines Vertreters des Schutzbundes der Grundeigentümer in Hannover sollen demnächst Aufklärungsversammlungen abgehalten werden.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Rönsahl.

—r **Rönsahl.** In der Sitzung der Gemeindevertretung von Rönsahl, die am 27. Jan. unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Buchholz und im Beisein des Bürgermeisters Hiltebrandt bei Sure stattfand, wurde folgendes beschlossen: Der Geschäftsanweisung für die Gemeindesparkasse wurde zugestimmt. Ueber den Stand der verkauften Hölzer wie über die sonstigen Waldsachen gab der Gemeindevorsteher und Bürgermeister Auskunft. Einige Ausbesserungen im Schulgebäude wie die Anschaffung neuer Bänke wurde vorgesehen, soweit der neue Haushaltsplan das zuläßt. Eine Entscheidung von R. Löh aus beantragten Wegeverlegung wurde abgelehnt, da es sich um einen Interessentenweg handelt, für den Gemeindevertretung nicht zuständig ist. Die Wegeausbesserungspläne für 1931 wurden durchgesprochen. Auf der Mauer bei Sure wird ein geschmackvoller Holzzaun gesetzt, um das Dorfbild zu verschönern. Die Mieten für die Gemeindehäuser sollen demnächst wie bei Reich und Staat neu festgesetzt werden. — Einigen Steuererlaß- und Unterstützungsanträgen wurde entsprochen, verschiedene wurden abgelehnt. Ueber die fast vollendeten Arbeiten an der Wasserleitung erstattete der Gemeindevorsteher Bericht. Es wurde anerkannt, daß sich damit die Zuführung guten Wassers in Rönsahl wesentlich gebessert hat. Der Sommer 1931 muß erweisen, ob die neu erschlossenen Wassermengen, den Bau eines größeren Sammelbehälters rechtfertigen. In Anwesenheit des Herrn Landrats wurde über die Gründung einer Sanitätskolonne wie die Errichtung einer Liegehalle für Lungenkranke eingehend verhandelt. Es ist zu hoffen, daß

die von Dr. Dolhaine geäußerten Wünsche erfüllt werden können. Auch die neuen Stromlieferungspreise von Elektromark in Hagen wurden eingehend erörtert. In einer demnächst stattfindenden Interessenversammlung in Kierspe-Bhf. oder Meinerzhagen wird man weiteres darüber hören.

Aus dem Gerichtssaal.

wpd. **Volmarstein.** Wenn die Verwaltung ihre Leute kennt. Der Fabrikant Aug. V. war zu Anfang des Jahres 1928 infolge der schlechten Konjunktur mit 2454 RM. an Steuern und Abgaben im Rückstande. Die Steuerbehörde hielt es deshalb für nötig, ihre Ansprüche zu sichern und beauftragte den Vollziehungsbeamten mit der Pfändung. Dieser pfändete in einem Lagerraum eine Partie Vorhängeschlösser, angeblich 1449 Stück, im Werte von 2800 RM. Die Schlösser lagen, in Kartons verpackt, auf Regalen. Siegel wurden wegen der Menge nicht angebracht, sondern eine sogenannte Pfandtafel, d. i. ein Bogen Papier mit der Erklärung der Pfändung an die Wand gehängt. Wo die Pfandtafel geblieben ist, weiß heute kein Mensch mehr. V. zahlte in Raten seine Steuern, so gut und so schlecht er konnte. Aber die Rückstände wurden nicht kleiner, weil stets neue Steuern dazu kamen. Als sie 3082 RM. erreicht hatten, wurde wieder gepfändet und zwar in demselben Raume, Anschlußpfändung. Das wiederholte sich bis zum 4. Juni 1930 noch viermal. Mit Einwilligung der Behörde hat V., um seinen Betrieb nicht stillegen zu müssen, von den gepfändeten Schlössern seine Aufträge gedeckt und neue Schlösser dazu gelagert. So wechselte der Wert des Lagers ständig. Der Absatz muß gestiegen oder die Fabrikation eingeschränkt worden sein, denn als die Steuerbehörde ungeduldig wurde und die gepfändeten Schlösser versteigern lassen wollte, war das Lager geräumt. V. wurde nun wegen Pfandhinterziehung der Staatsanwaltschaft angezeigt und hatte sich heute vor dem kleinen Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Es scheine zweifelhaft, ob überhaupt eine vorschriftmäßige Pfändung vorliege, denn in dem Raume, in dem die Pfandobjekte lagen, hätten sich noch andere Waren befunden, sodaß nicht für jeden erkenntlich gemacht war, was überhaupt gepfändet war. Außerdem sei durch das Gestatten des Verkaufes, wenn auch mit der Bedingung des Ersatzes durch Neufabrikate, die Pfändung hinfällig geworden. Eine Pfandverschleppung könne nur stattfinden an Pfandstücken, die genau kenntlich gemacht worden seien.

Turnen, Spiel und Sport.

Vereinigte Turn- und Spielvereine Halver i. W.

Es ist der Vereinsleitung gelungen, für kommenden Sonntag, den 1. Febr. die folgenden Mannschaften zu verpflichten. Es treffen sich auf dem Gemeindespielplatz in Halver: um 2 Uhr:

Halver 1. Mannsch. — Lennep 1. Mannsch.

Dieses Spiel, welches Anfangs auf 3 Uhr gesetzt war, muß infolge des Turnens vom Ortsverband welches um 4 Uhr in der Turnhalle stattfindet, eine Stunde früher gelegt werden. Die 2. Mannschaften beider Vereine spielen also anschließend. Die 1. Mannschaft der Gäste stellte bisher im Rheinland eine Kampfmannschaft dar, wie sie besser garnicht hätte stehen können. Manchem Verein hat sie eine harte Nuß zu knacken gegeben und so wird es auch wohl am Sonntag sein. Lennep wird voraussichtlich den Sieg davon tragen können, denn die einheimische 1. Mannschaft dürfte infolge der langen Spielpause vollständig außer Training sein. — Es kann jedenfalls mit einem interessanten Treffen gerechnet werden, sodaß sich ein Besuch des Sportplatzes schon lohnen würde. Schiedsrichter Kaiser von Schalksmühle wird für eine reibungslose Durchführung des Spieles Sorge tragen und er wird wohl jedem Handballer als ein gerechter Leiter bekannt sein.

Anschließend treffen sich

Halver 2. Mannsch. — Lennep 2. Mannsch.

Anwurf 3 Uhr. Die 2. Mannschaft der Gäste ist hier in Halver nicht bekannt, jedoch tuen die einheimischen Spieler gut daran, dieselben ja nicht zu unterschätzen. Was aus solchen Sachen werden kann, ist am Sonntag in Dahlerbrück-Stöcken gezeigt worden. Auf jeden Fall dürfte aber auch dieses Treffen dazu angetan sein, dem Handballsport, der nun manchem Sportler schon seit ca. 10 Jahren manchen anderen Sport ersetzt, neue Anhänger zuzuführen. Am kommenden Sonntag kann es also gar keine andere Parole geben als: „Auf zum Sportplatz Karlshöhe." Wie werden die einheimischen Mannschaften gegen stärkste rheinische Gegner bestehen? Beachten Sie aber bitte alle noch einmal, daß die ausgehängten Plakate hinfällig sind. Die 1. Mannschaft spielt **bereits um 2 Uhr** und die 2. Mannschaft anschließend.

Sämtliche Spieler der BTSV. Halver seien auf die am Montag, 2. Febr., abends 8,30 Uhr in der Turnhalle stattfindende Spielersitzung aufmerksam gemacht. Jedem Spieler sei es hierdurch nahegelegt, dieselbe zu besuchen, oder sich wenigstens bei dem Spielwart oder Schriftführer zu entschuldigen. Jeder soll die Worte beherzigen: Sei nicht allein Handballer und pünktlich, sondern besuche auch die anberaumten Sitzungen pünktlich.

Sodann weist der Vorsitzende des Ortsverbandes des Amtes Halver auf das am Sonntag, 1. Febr. in der Turnhalle stattfindende Zusammenturnen hin. Während bisher nur die Geräteturner zusammentraten, sammeln sich am Sonntag auch die volkstümlichen Turner, denn die Turnhalle in Halver bietet auch diesen Gelegenheit dem volkstümlichen Turnen wegen des Wetters nachzugehen. Spitzenleistungen werden am Sonntag nicht gezeigt, immerhin dürfte sich ein Besuch doch lohnen und sind interessenten herzlichst eingeladen. Anfang des Turnens punkt 4 Uhr, also nach dem Handballspiel Halver 1. — Lennep 1. M.

—)**Turnverein Oeckinghausen.** Die nächste Spielersitzung findet Freitag, 30. Jan. abends im Vereinslokal statt.

Dreizehn italienische Alpenjäger verschüttet

Ein neues Lawinenunglück.

Von einem schweren Verlust wurde eine Kompagnie italienischer Alpenjäger, die zu einer militärischen Übung von Bardonecchia aus in die Cottischen Alpen aufgestiegen war, betroffen. Als die zurückgebliebenen Truppen ohne Nachricht über den Verbleib ihrer Kameraden waren, schickten sie eine Hilfskolonne von zwölf Mann unter Führung eines Hauptmannes aus. In einer Höhe von über 2000 Metern wurden die Hilfstruppen von einer Lawine überrascht und verschüttet. Neue Hilfstruppen erreichten die Unglücksstelle und es gelang ihnen, den Hauptmann und zwei Soldaten als Leichen zu bergen. Bis zu den übrigen zehn unter den Schneemassen begrabenen Soldaten vorzudringen, war noch nicht möglich.

Die Kompagnie Alpenjäger ist vollkommen ermattet wieder in Bardonecchia eingetroffen. Der Kompagnieführer erklärte, daß ihnen ungeheure Schneemassen den Rückzug versperrt hätten, und daß sie, ohne es zu wissen, auf französisches Gebiet übergetreten seien, wo sie das Ende der Schneestürme abgewartet hätten, um alsdann die Rückkehr anzutreten. Französischerseits wurde ebenfalls eine Hilfskolonne ausgesandt, die jedoch nicht mehr einzugreifen brauchte.

Fernverkehrsstraße Berlin-Amsterdam

Kreis Bentheim beschließt Beteiligung

Die Provinz Hannover hat den Ausbau des Straßenzuges Rheine — Bentheim — holländische Grenze mit einem Kostenaufwand von 1,8 Millionen Mark beschlossen, damit die Strecke den Anforderungen an eine Fernverkehrsstraße genüge. Der Kreistag Bentheim beschäftigte sich nun mit den vom Kreise zu tragenden Aufwendungen. Es wurde einstimmig beschlossen, mit der Provinz einen endgültigen Vertrag abzuschließen, so daß nunmehr dem Ausbau der Straße im Kreise Bentheim als Fernverkehrsstraße Nr. 65 (Berlin—Hannover—Osnabrück—Rheine—Amsterdam) nichts mehr entgegensteht.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 28. Januar.

Professor Dibelius gestorben.

Berlin. Hier ist Prof. Dr. Wilhelm Dibelius, der Bruder des Generalsuperintendenten D. Dibelius gestorben. Professor Dibelius war Direktor des englischen Seminars der Universität Berlin und hatte sowohl als Kenner der englischen Sprache und Kultur als auch als Autor zahlreicher philologischer Werke Weltgeltung erlangt.

Eisenbahnzusammenstoß in Sibirien.

Moskau. Auf der sibirischen Eisenbahn ereignete sich in der Nähe des Bahnhofes Mysowaja ein Zusammenstoß zwischen einem Post- und einem Güterzug. Sieben Wagen und beide Lokomotiven wurden zertrümmert. Zwei Personen wurden getötet und mehrere schwer verletzt.

Der Mainzer Rosenmontagszug abgesagt.

Mainz. Der Ausschuß des Mainzer Karnevalvereins hat beschlossen, den Rosenmontagszug in diesem Jahre nicht durchzuführen.

General Berthelot gestorben.

General Berthelot ist nach langem Leiden am Mittwochabend gestorben. Er war während des Krieges Generalstabschef Joffres und wirkte später als Führer der französischen Mission im rumänischen Heer. In Rumänien wurde er als Retter des Vaterlandes gefeiert.

Das Gewerkschaftsgesetz vor dem Unterhaus.

London. Das Unterhaus setzte die Beratung über das neue Gewerkschaftsgesetz fort. Zur Erörterung stand zunächst die Stellung der Gewerkschaften der Beamten, denen nach dem neuen Entwurf der Zutritt zu dem Gewerkschaftsrat wieder gestattet werden soll.

Neues schweres Erdbeben in Albanien.

London. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat sich in Albanien ein neues schweres Erdbeben ereignet. In Koritza stürzten die orthodoxe Kirche und viele Häuser ein. Zwei Flugzeuge sind von Tirana abgegangen, um Bericht über die Ausdehnung des Erdbebens zu geben, da alle Drahtverbindungen unterbrochen sind. Bisher werden vier Tote gemeldet.

Der Mainzer Rosenmontagszug abgesagt.

Mainz. Der Ausschuß des Mainzer Karnevalvereins hat beschlossen, den Rosenmontagszug in diesem Jahre nicht durchzuführen.

Vor der Klage Bayerns beim Staatsgerichtshof.

München. Wie verlautet, ist die Begründung der angekündigten Klage Bayerns beim Staatsgerichtshof wegen der Hereinnahme des Steuervereinheitlichungsgesetzes in die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nunmehr fertiggestellt. Die Klage dürfte demnach bald nach Leipzig abgehen

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die uns anläßlich unserer **Silberhochzeit** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Heinr. Schmidt u. Frau
Anna geb. Marburger

Halver, im Januar 1931.
Lingerweg.

Bekanntmachung.

Am **Sonnabend, dem 31. Januar,** abends 5 Uhr, wird Herr **Direktor Kötter** vom Kommunalen Elektrizitätswerk Mark **auf der Karlshöhe in Halver** einen

Aufklärungs-Vortrag

über den verbilligten Haushaltstarif für Strombezug halten. Die Vorteile des Haushaltstarifs werden an der Hand von Beispielen erläutert.

Halver, den 22. Januar 1931.

Landrat Graubner. Bürgermeister Watermann.

In das Handelsregister B. Nr. 152 ist heute bei der Firma **„Haus zur Fuhr" Ed. E. Pfingsten G. m. b. H. Halver,** eingetragen:

Der Kaufmann Ernst Altenscheidt ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Kaufmann Eduard Ernst Pfingsten in Halver ist zum alleinigen Geschäftsführer bestellt.

Die Prokura des Ernst Altenscheid und seiner Ehefrau ist erloschen.

Lüdenscheid, den 26. Januar 1931.

Das Amtsgericht.

Landwirtschaftlicher Verein Halver.

Zu dem am **Samstag, dem 31. Januar 1931,** nachm. 5 Uhr im Saale der **Carlshöhe** stattfindenden

Aufklärungs-Vortrag

von seitens der Mark, **über verbilligten Haushaltungs-Tarif** laden wir unsere Mitglieder hiermit ein u. bitten um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Für
Geflügelhalter
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Nagut-Geflügelfutter
Ha-Wo-Geflügelfutter
Club-Legemehl,
Plata-Mais
Bruchmais
Futter-Weizen
Geflügel-Gerste
Weizenkleie
Fleischschrot
Fleischmehl,
Fischmehl
Garnelen
Holzkohle

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Telefon 11 Rönsahl.

Ratten, Mäuse
werden vertilgt
durch
Kammerjäger
Gust. Wienbruch,
Kierspe - Bhf. i. W.

Sämtl. Drucksachen

von

Adreßkarten
Briefbogen
Couverts
Danksagungen
Einladungen
Flugblätter
Geschäftskarten
Hochzeitszeitungen
Kataloge
Lohntüten
Milchscheine
Plakate
Quittungen
Rechnungen
Satzungen
Traueranzeigen
Umschläge
Visitenkarten
Weinkarten
bis Zirkulare
Zahlkarten

Clichès stelle ich aus meinem sehr großen Vorrat kostenlos zur -: Verfügung :-

Liefere in sauberer Ausführg. Schwarz-, Bunt- und Kopierdruck.

werden in sauberer und geschmackvoller Ausführung schnell und billig angefertigt in der

Buch- und Kunstdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver i. W.
Fernruf 42. Fernruf 42.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechn., Landw. Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik • **Werkmeisterschule** Lehrpläne frei
Technikum Lage Lippe
Bauschule • Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau • **Tonindustrie** Ziegeleiingenieure Techniker, Ziegelmeist.

Der
Bommerter Wehr-Verein

veranstaltet **am Samstag, d. 31. Jan. 1931,** abds. punkt 7 Uhr beginnend im Saale des Kam. Winter, Bommert eine

Reichsgründungsfeier

bestehend u. a. aus: **Der Kampf um Verdun** im Lichtbild.

Hiermit laden wir unsere Mitglieder sowie Freunde und Gönner unseres Vereins und alle vaterländisch gesinnten Bewohner unseres Bezirks u. Umgegend zu dieser Feier herzlich ein.

Der Vorstand.

Lichtspiele Carlshöhe.

Samstag ab 8 Uhr
Sonntag ab 5 und 8 Uhr
Montag ab 8 Uhr:



KAMPF mit der UNTERWELT

Ein lustiger Sensations-Tonfilm.

Hochtouren im Dachstein

Ein herrlicher Sportfilm aus den Dachstein-Alpen.

2 Lustspiele:
„Bubi auf Montage"
Der verlorene Schuh"